



Bei einer Bankrazzia sind vor fünf Jahren tausende von Namen und Daten türkischer Sparer sichergestellt worden. Mit dem Fund tun sich die deutschen Behörden bis heute schwer.

Foto dpa

## Schwarze Konten in Ankara

Stuttgart ist die Bühne eines Behördenstreits um Leistungsmissbrauch türkischer Gastarbeiter

**STUTTGART.** Das Ganze ist ein bizarrer Behördenstreit um schwarze Konten türkischer Gastarbeiter. Justizminister Goll wirft der Bundesagentur für Arbeit vor, sie blockiere die Fahnder. Dabei geht es nicht nur um Millionen, für die sich jetzt auch der Bundesrechnungshof interessiert.

Von Michael Ohnewald

Dies ist eine Geschichte, in der es um Geld geht, das dem Staat gehört. Weil dieser Staat aber die Bürokratie verabsolutiert, kommt er am Ende nicht zu seinem Geld. Das ist schade, denn es entgehen ihm viele Millionen. Genau genommen geht es in dieser Geschichte also gar nicht allein ums Geld, sondern mehr noch um einen sonderbaren Streit unter Bürokraten und um die Frage, warum an einigen bundesdeutschen Behörden nicht längst ein Schild mit der Aufschrift prangt:

„Wegen Reichtum geschlossen!“

Die Geschichte ist wahr und sie beginnt im Juni 2000 mit einer Bankdurchsuchung in Frankfurt. Steuerfahnder ermitteln gegen einen Anleger und stoßen dabei eher zufällig auf Ein- und Auszahlungsbelege türkischer Staatsangehöriger, die ihr Erspartes über die Dresdner Bank bei der Türkischen Nationalbank in Ankara (TCMB) angelegt haben. Insgesamt 220 000 Datensätze können die Beamten in Frankfurt sicherstellen.

Damit die Geschichte keinen falschen Zungenschlag bekommt, ist an dieser Stelle zu sagen, dass es auch spanische oder griechische oder italienische Gastarbeiter gibt, die Geld in der Heimat anlegen und vielleicht nicht alles in ihrer Steuererklärung angeben. Unbestritten ist auch, dass jedes Jahr zigttausende Deutsche den Fiskus prellen. In diesem Fall handelt es sich, wie gesagt, um einen Zufallsfund, und also um türkische Konten.

Die Steuerfahnder vom Main packen die dicken Kartons mit den Datenblättern und teilen sie nach Postleitzahlen unter den zuständigen Oberfinanzdirektionen auf. Insgesamt 24 000 Namen und Adressen landen auf diese Weise in Baden-Württemberg, einem Land, in dem 316 000 Türken leben. Die Beamten der Oberfinanzdirektion in Stuttgart nehmen die Sache ernst und speisen die Unterlagen in ihre Computer ein. Sie werten die gelieferten Daten steuerlich aus und bekommen heraus, dass Hunderte türkischer Gastarbeiter in ihren Steuererklärungen das Vermögen in Ankara verschwiegen haben. „Darunter sind auch steuerlich potente Fälle gewesen“, erinnert sich ein Fahnder. Gemeint sind einige türkische Kleinunternehmer, die mehr als 500 000 Euro in der Heimat Gewinn bringend angelegt, ihre Reserven aber dem deutschen Fiskus nicht gemeldet haben. Die Steuerbehörden in Stuttgart und Karlsruhe verfolgen die Fälle, beschlagnahmen Vermögen, fordern Steuernachzahlungen.

Aber dabei wollen es die tüchtigen Beamten im Land nicht belassen. Sie hegen den Verdacht, dass so mancher der türkischen Gastarbeiter aus der Datei staatliche Stütze bezogen hat, und da liegt die Vermutung für die Ermittler nahe, dass die türkischen Staatsangehörigen nicht nur in

der Steuererklärung das Vermögen in ihrer Heimat verheimlicht haben, sondern auch in den Anträgen auf Arbeitslosenhilfe. Weil es um viel Geld geht, entschließen sich die Fahnder nach reiflicher Prüfung, das Steuergeheimnis großzügig auszulegen und das Landesarbeitsamt zu informieren. Dorthin schicken sie im Januar 2003 alles, was sie haben.

Die zuständigen Arbeitsmarktinspektoren der Behörde sind hoch motiviert und machen eine Stichprobe. In einem ersten Schritt speisen sie die Namen von 4000 türkischen Sparern in ihre Leistungsempfängerdatei ein und finden heraus, dass 30 Prozent von ihnen zur fraglichen Zeit tatsächlich Arbeitslosenhilfe bezogen haben. In keinem einzigen Fall, so einer der Inspektoren, sei das in der Heimat gebunkerte Vermögen im Antrag auf Arbeitslosenhilfe aufgetaucht. Die meisten der betroffenen Arbeitslosen haben zwischen 5000 und 50 000 Euro verschwiegen, einige wenige von ihnen verfügen über erkleckliche Barschaften von bis zu 600 000 Euro und bekommen trotzdem jeden Monat einen Scheck vom deutschen Staat. Die Inspektoren des Landesarbeitsamts sind alarmiert. Sie beziffern den Schaden in Baden-Württemberg auf 30 Millionen Euro, bundesweit sollen 300 Millionen Euro Arbeitslosenhilfe zu Unrecht ausbezahlt worden sein. Von den 4000 Fällen der ersten Stichprobe führen 560 in Baden-Württemberg zu Strafverfahren. Die Rückforderungen belaufen sich auf 6,6 Millionen Euro.

### Die Bundesagentur für Arbeit verweigert den Datenabgleich

Den Experten beim Landesarbeitsamt schwant Böses – trotz oder gerade wegen der hohen Trefferquote bei ihrer Stichprobe. Denn die meisten Daten aus der Razzia sind noch gar nicht verarbeitet. Also ersuchen sie ihre Kollegen von der Bundesagentur um einen maschinellen Datenabgleich. Dies würde die Aufarbeitung aus ihrer Sicht gewaltig erleichtern. Doch die Nürnberger ziehen

nicht mit. „Das ist zu teuer“, bekommt einer der Arbeitsmarktinspektoren zu hören. Und ein zweiter bilanziert: „Die Rückforderung hatte nie gesellschaftspolitische Priorität.“

Die Inspektoren sind ernüchtert, machen aber trotzdem weiter. Es gehen Monate ins Land, und in dieser Zeit kommt es zu einer Behördenreform, die weit reichende Folgen hat. Insgesamt 290 Arbeitsmarktinspektoren werden 2004 zu den Hauptzollämtern Stuttgart, Karlsruhe, Ulm, Singen, Hannover und Lörrach versetzt. Die Stuttgarter Ermittler bleiben vorerst im Landesarbeitsamt in den angestammten Büros, haben aber ein neues Türschild – und vor allem keinen Zugriff mehr auf das Netzwerk der Arbeitsbehörden.

In ihrer Not schicken die alten Inspektoren mit dem neuen Türschild insgesamt 13 Disketten mit den Daten türkischer Sparer an die Bundesagentur nach Nürnberg, verbunden mit der Bitte, einen umfassenden Datenabgleich zu machen. Der Brief ist datiert vom 2. März 2004. Sechs Monate liegen die Disketten samt Brief in Nürnberg. Dann schickt die Bundesagentur ihre Antwort: Aus Datenschutzgründen könne man den Wunsch nicht erfüllen, heißt es. Schließlich seien die Inspektoren jetzt bei einer neuen Behörde, und da blieben die sensiblen Daten nicht mehr im eigenen Haus, und das wolle der Datenschutzbeauftragte des Bundes nicht dulden.

Zum Glück haben sich die Beamten in Stuttgart eine Kopie der Disketten gezogen. Sie verfolgen die Fälle unverdrossen weiter, auch wenn sie es schwer haben. Ihr Job ist mit einem riesigen Aufwand verbunden, weil sie für jeden Sparer einen separaten Prüfungsantrag bei den Arbeitsagenturen vor Ort stellen müssen. Am Ende können sie die Datei trotz der Widerstände aus Nürnberg abarbeiten. Auf die Staatsanwaltschaft in Stuttgart und auf die Gerichte kommen bald hunderte von Verfahren zu. 2000 weitere Verdachtsfälle sollen es in ganz Baden-Württemberg sein.

Justizminister Ulrich Goll (FDP) kann da nur den Kopf schütteln. Für ihn grenzt es an

eine Blockade, was die Bundesagentur aus Nürnberg veranstaltet hat. Goll hält sich nicht mehr zurück und fordert BA-Chef Frank-Jürgen Weise öffentlich zum Umdenken auf. Andernfalls setze sich die Behörde „dem Vorwurf aus, schützende Hände über Betrüger zu legen“. Um diese Forderung zu unterstreichen, drängt der Minister im Kabinett auf eine Bundesratsentschließung. Auf diese Weise soll über die Bundesregierung eine Regelung geschaffen werden „die es der Bundesagentur in Zukunft nicht mehr erlaubt, die Interessen der Steuerzahler hinter vermeintliche Datenschutzbelange zu stellen“.

### Langsam wird den Ämtern die Dimension des Falls bewusst

Inzwischen sorgt der Fall bundesweit für Schlagzeilen. Der Bundesrechnungshof arbeitet an einem Bericht an das Aufklärung verlangende Bundesfinanzministerium. Auch der Bundesagentur wird langsam die Dimension des Problems bewusst: Nicht nur in der Vergangenheit sind Millionen zu Unrecht an türkische Gastarbeiter bezahlt worden, auch aktuell sollen hunderte Arbeitsloser zu viel Hartz-IV-Geld beziehen und ihr Vermögen im Heimatland nicht angegeben haben.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtet in dieser Woche über einen internen Vermerk für den Agenturchef Weise. Danach erscheine „die Wahrscheinlichkeit hoch“ dass türkische Staatsangehörige über „Vermögen in nennenswertem Umfang“ verfügen. Neu ist das allenfalls für die Bundesagentur. Der Stuttgarter Oberstaatsanwalt Eckart Jäger weiß das schon länger und hat auch immer wieder darauf hingewiesen. „Es ärgert mich, dass man diesem Treiben einfach zusieht“, sagt er. Frank-Jürgen Weise will die schweren Vorwürfe von Staatsanwaltschaft, Justiz und Zollfahndung aus Baden-Württemberg nicht auf sich sitzen lassen. In einem Schreiben an Ministerpräsident Günther Oettinger bedauert er, „dass hier ein sachlicher Dissens zwischen Behörden mit einseitigen Schuldzuweisungen in die Öffentlichkeit getragen werde“.

Seinen Brief schließt der Agenturchef allen Ernstes mit der Bitte an den Stuttgarter Regierungschef, „die Bemühungen“ seiner Bundesagentur zu unterstützen, „gesetzliche Grundlagen für den Datenschutz zur Aufdeckung von Leistungsmissbrauch zu initiieren“.

Da können sich die Arbeitsmarktinspektoren in Stuttgart nur verwundern die Augen reiben. Ihnen kommt der gute Weise ein bisschen vor wie der Hans-guck-in-die-Luft aus dem Märchen, welcher den weiten Himmel vor Augen hat, aber leider übersieht, was vor seinen Füßen passiert. Diese Geschichte hat bekanntlich kein Happyend.

Auch die vorliegende nicht. Nach wie vor weigert sich die Bundesagentur, einen pauschalen Datenabgleich zu machen. Nach wie vor hat nur Baden-Württemberg die Daten aus der Razzia umfassend verwertet, um Geld zurückzufordern, das dem Staat gehört. In anderen Bundesländern liegen bei den Finanzbehörden noch immer Kartons mit Kontonummern und Namen türkischer Sparer. Sie liegen dort und verstauben.



Behördengänge: nicht immer steht alles in den Anträgen, was dort stehen müsste.

Foto ecopix/Eckel